

International

Flüchtlingsdrama vor Lampedusa

«1000 Euro pro Flüchtling»

Laut ETH-Professor Jürg Martin Gabriel werden die Menschenschmuggler im Mittelmeer skrupelloser, weil Libyen keinen funktionierenden Staatsapparat hat.

Mit Jürg Martin Gabriel sprach Rupen Boyadjian

Immer wieder sterben Flüchtlinge bei der Überfahrt von Afrika nach Europa. Der Aufschrei nach der jüngsten Katastrophe vor Lampedusa ist riesig. Kommt er nicht ein bisschen spät?

Man muss schon sehen, dass wir noch nie einen so grossen Unfall hatten. In den drei Jahren, in denen ich diesen Abschnitt des Mittelmeeres genau beobachtet habe, hat es so etwas noch nie gegeben. Im Jahr 2011 hatten wir im zentralen Mittelmeer 47 000 Flüchtlinge gezählt, 2012 waren es nur noch ein Viertel oder 12 000. Dieses Jahr haben wir bereits wieder 27 000 Menschen registriert.

Was ist der Grund für den neuerlichen Anstieg?

Libyen. Die dortigen Institutionen funktionieren noch nicht richtig. Immer mehr Ostafrikaner reisen über Libyen. So war es ja auch beim jetzigen Unfall.

Das Boot war überladen, es gab offenbar kein Satellitentelefon für den Notfall, wie das sonst üblich ist. Werden die Schlepper skrupelloser?

Ja, das ist so. Es ist verrückt, 500 Menschen in ein Schiff zu pferchen, das vielleicht für 120 gebaut ist. Bisher hatten wir es meist mit Gummibooten mit Ausseebordmotor zu tun. Dort können die Schlepper höchstens 80 oder 90 Personen platzieren. Das Boot ist dann auch überfüllt, aber meistens können die Flüchtlinge die Küstenwache per Satellitentelefon alarmieren. Je länger, desto mehr sehen wir aber wieder alte, hölzerne Fischerboote im Einsatz. Das zeigt, dass das Geschäft lukrativer wird. Die Schlepper erhalten pro Flüchtling mindestens 1000 Euro.

Sie sagen, auch die Schweiz habe Meeresgrenzen - und sei für die Flüchtlinge mitverantwortlich, die übers Meer nach Europa und in die Schweiz gelangen wollen.

Seit 2008 ist die Schweiz im Schengen-Raum. Innerhalb sind die Personenkontrollen aufgehoben, dafür haben wir nun aussen neue Verpflichtungen. Diese erstrecken sich auch auf die blauen Grenzen, die die Schweiz als Binnenland eigentlich nicht hat. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat diese Verantwortung wahrgenommen. Im letzten Jahr



Eine Gruppe von frisch eingetroffenen Flüchtlingen auf Lampedusa. Foto: Ettore Ferrari (EPA)



Jürg Martin Gabriel
Der emeritierte ETH-Professor betreibt die Website Blue-borders.ch, die über die maritime Migration zwischen Tunesien, Libyen, Malta und Italien informiert.

hat die Schweiz ein Migrationsabkommen mit Tunesien geschlossen. Bern bezahlt nun beispielsweise Stipendien für tunesische Offiziere der Küstenwache. Die nehmen dann auf Malta an Kursen in «Suchen und Retten» teil und lernen, wie sie mit den Maltesern und den Italienern zusammenarbeiten können.

Kritiker sagen, es gehe den Europäern vor allem darum, die Flüchtlinge abzuhalten.

Es geht um «suchen und retten» und nicht um «Rückweisung».

Selbst Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano forderte, dass Normen, die eine Aufnahmepolitik verhindern, nun geändert werden sollen.

Vielleicht hat Napolitano eine Reorganisation der Empfangszentren in Italien gemeint. Er könnte aber auch auf das Dublin-II-Abkommen angespielt haben. Es schränkt die Bewegungsfreiheit der Migranten in Europa ein. So müssen sie sich im Land, in dem sie zuerst den Schengen-Raum betreten, anmelden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Die Italiener beklagen, dass sie für die vielen Ankömmlinge zuständig sind. Weil Italien Probleme mit Flüchtlingszentren hat, kommen jedoch Flüchtlinge in andere Länder, beispielsweise in die Schweiz. Italien und Malta fordern mehr innereuropäische Solidarität.

Würde das die europäische Asylpolitik besser machen?

Am wichtigsten für eine Verbesserung der Flüchtlingspolitik wäre es, dass Libyen wieder eine funktionierende Regierung hätte.

Was könnte man auf europäischer Seite besser machen?

Es gibt den technischen Aspekt. Im Rahmen des Grenzüberwachungssystems Eurosur will man mit Millionenbeträgen ein elektronisches Netz aufbauen, um das zentrale Mittelmeer besser zu überwachen. Ich glaube aber nicht, dass man einfach mit noch mehr Technologie viel erreichen kann. Die europäische Grenzschutzorganisation Frontex hat auch Schiffe im Einsatz. Man könnte den Italienern und den Maltesern mehr solche Schiffe geben. Die Malteser haben aus britischen Kolonialzeiten ein riesiges Seegebiet geerbt. Hier müssen sie Suche und Rettung koordinieren.

Brüssel sieht Mitgliedsstaaten in der Pflicht

Italien will nach dem Flüchtlingsdrama von Lampedusa Hilfe und sieht Europa in der Verantwortung. Innenminister Angelino Alfano kündigte gestern an, nächsten Dienstag beim Treffen mit den europäischen Amtskollegen in Luxemburg Flugzeuge und Schiffe anzufordern, um den Schutz der Seegrenze zu verbessern. Und weiter möchte Alfano die Verteilung der Asylsuchenden in Europa neu regeln: «Wir werden laut unsere Stimme in Europa erheben, um die Regeln zu ändern, die die ganze Last der illegalen Einwanderung auf die Länder des ersten Eintritts abwälzen.»

In Brüssel spielt man allerdings den Ball zurück in die Hauptstädte, wenn jetzt Europa für das Drama in Lampedusa verantwortlich gemacht wird: «Kann man mehr tun? Ja, aber das ist eine Sache der Mitgliedsstaaten», sagte gestern ein Sprecher von Innenkommissarin Cecilia Malmström. Die Kommission habe zuletzt Vorschläge gemacht, um den übermässigen Druck auf einzelne Länder mildern zu können. Doch habe es dafür keine Mehrheit gegeben.

Wenn es etwa um Optionen für legale Einwanderung oder um die Kontrolle der Aussengrenzen geht, geben die nationalen Regierungen ihre Macht nur ungern aus der Hand. Auch Änderungen an der sogenannten Dublin-Verordnung sind von den Mitgliedsstaaten zuletzt abgelehnt worden. Die Verordnung schreibt vor, dass Asylgesuche dort eingereicht und behandelt werden müssen, wo die Flüchtlinge erstmals in den Schengen-Raum einreisen.

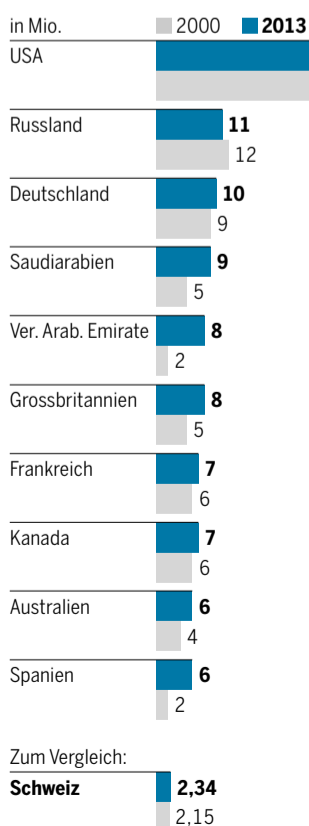
Boote früher ausfindig machen

In den Schengen-Ländern ohne Aussengrenze zeigt man sich jetzt betroffen, doch Quoten für eine gerechte Verteilung hatten bei der letzten Reformdebatte keine Chance. Stattdessen hilft man mit Geld, Know-how und Material. Italien bekommt im laufenden Jahr immerhin 137 Millionen Euro aus EU-Töpfen. Und eine Reihe von Mitgliedsstaaten hat der EU-Grenzschutzorganisation Frontex Experten, Schiffe und Helikopter zur Verfügung gestellt, die an der Grenze im Mittelmeer patrouillieren.

Im Januar soll zudem das Programm Eurosur starten, mit dem Satellitendaten und Radarinformationen zwischen Behörden ausgetauscht werden können. Angesichts des Einwanderungsdrucks sei es aber nicht realistisch, jede Tragödie oder jeden Tod im Mittelmeer zu vermeiden, sagte ein Sprecher der EU-Kommission: «Wir sind weder naiv noch zu idealistisch.» Es gehe darum, Boote auf ihrem Weg nach Europa früher ausfindig zu machen.

Stephan Israel, Brüssel

Länder mit den meisten internationalen Migranten



TA-Grafik mruw / Quelle: Uno

232 Millionen Menschen leben fern der Heimat

Die UNO debattiert einen Aktionsplan, um die globale Migration zu verbessern. Am meisten Einwanderer leben in Europa, aber die Dynamik verlagert sich nach Asien.

Von Richard Diethelm

In New York machte sich die UNO-Generalversammlung gerade daran, einen «hochrangigen Dialog» über den Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung zu führen, als am Donnerstag die ersten Nachrichten von der Flüchtlingstragödie vor Lampedusa eintrafen. «Uns alle muss das anspornen zu handeln», sagte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon vor den Delegationen aus 150 Mitgliedsstaaten. In der Geschichte der Vereinten Nationen ist es nach 2006 erst das zweite Mal, dass auf diesem Niveau über das emotionale Thema Migration und Entwicklung debattiert wird.

Auf der Welt lebten noch nie so viele Menschen, die aus dem Land ausgewandert sind, in dem sie geboren wurden oder Bürger sind. Viele taten und tun dies in der Hoffnung, anderswo ein besseres und sichereres Leben führen zu

können. Im laufenden Jahr beziffert die UNO die Zahl der internationalen Migranten auf 232 Millionen, was 3,2 Prozent der Weltbevölkerung entspricht. Im Jahr 2000 zählte sie 175 Millionen, zehn Jahre davor 154 Millionen. Seit der Jahrtausendwende verlagert sich die Dynamik der globalen Migration nach Asien.

Noch leben in Europa am meisten Einwanderer (72 Millionen). Aber Asien hat mit einem Zuwachs von 50 auf 71 Millionen in 13 Jahren mächtig aufgeholt. Der Hauptgrund ist der Hunger der Ölländer am Golf, allen voran Saudiarabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate, nach billigen Arbeitskräften; sie stammen vorwiegend aus den Philippinen, aus Indien und Indonesien. Zudem ziehen Staaten wie Malaysia und Thailand immer mehr Arbeitskräfte an.

Positive Effekte der Migration

Die globalen Wanderungsströme lösen vor allem in den wohlhabenden Staaten des Nordens Ängste aus, wie die Wahlsiege von fremdenfeindlichen Parteien (jüngstes Beispiel: Norwegen), die schrittweise Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts (Beispiel: Schweiz) oder die technisch hoch gerüstete Abwehr von Armutsflüchtlings an Aussengrenzen der EU und an der Grenze der USA zu Mexiko belegen. Vor der UNO-Debatte hob der Vizegeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, Wu Hongbo, dagegen die positiven Effekte der Migration auf die Entwicklung hervor. «Einwanderer stimulieren durch ihre frische Energie und neue Ideen das Wachstum in den Ziel-ländern. Auswanderer können die Unterbeschäftigung in ihren Herkunftsländern lindern und deren Volkswirtschaft durch ihre Geldüberweisungen und einen Wissenstransfer unterstützen», sagte der chinesische Diplomat.

Ban Ki-moon unterbreitete der Versammlung einen 8-Punkt-Plan, damit die Migration künftig «besser funktioniert». Danach sollen die Regierungen die Menschenrechte aller Migranten besser schützen, die Kosten der Auswanderung zum Beispiel durch tiefere Gebühren für Geldüberweisungen senken und die Ausbeutung von Migranten etwa in Form von Menschenhandel unterbinden. Der Generalsekretär forderte die Staatengemeinschaft weiter auf, sich der Notlage gestrandeter Migranten anzunehmen, die öffentliche Wahrnehmung von Migranten zu verbessern und die Bedeutung der Migration für die Entwicklung zu er-

kennen. Die jüngste Flüchtlingstragödie vor der Insel Lampedusa ist nur ein Beleg, wie weit der von Ban Ki-moon formulierte Anspruch an die Vereinten Nationen von der Realität entfernt liegt.

Bern sichert Unterstützung zu

Bundesrätin Simonetta Sommaruga wandte sich als Vertreterin eines Staates mit einem der höchsten Anteile an Immigranten an die Versammlung. «Wirtschaftlich, sozial und kulturell hat die Einwanderung viel zu unserer Entwicklung beigetragen», sagte die Justizministerin, fügte aber hinzu: «Dennoch erheben sich in gewissen Kreisen Stimmen, die eine Begrenzung der Einwanderung verlangen.» Dem UNO-Generalsekretär versicherte Sommaruga «die volle Unterstützung» für seinen 8-Punkte-Plan. Dabei erwähnte sie den nationalen Aktionsplan gegen den Menschenhandel, der «eine unbeschreibliche Verletzung der Menschenrechte von Frauen, Kindern und Männern darstellt». Ban Ki-moon fasst den geforderten Schutz der Menschenrechte aller Migranten jedoch weiter, als ihn die Schweiz praktiziert, wenn er sagt: «Wir müssen Kanäle für eine sichere und geordnete Einwanderung und Alternativen zur Administrativhaft von Migranten suchen.»